

.....
(Antragsteller)

.....
(Ort, Datum)

An

.....

.....

(Bewilligungsbehörde)

Gewährung einer Zuwendung nach der Kommunalen Straßenbaurichtlinie

.....
(Bezeichnung des Vorhabens)

Der Antragsteller erklärt,

dass das o. g. Vorhaben die Belange von Menschen mit Behinderungen und anderer Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung berücksichtigt und den Anforderungen der Barrierefreiheit möglichst weitreichend entspricht.

*)

- Bei der Vorhabensplanung sind die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte angehört worden.

- Bei der Vorhabensplanung sind die entsprechenden Verbände gemäß § 10 des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes vom 10. Juli 2006 (GVObI. M-V S. 539) angehört worden
(wenn eine Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte verfügt).

.....
(rechtsverbindliche Unterschrift und
Stempel des Antragstellers)

*) Zutreffendes bitte ankreuzen